

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verleger: Einzelnummer 25 Pfg. Durchschn. 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 1,10 Mk. für den Monat. Verlagsbüro: Nr. 21485, Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Berlin. Fernsprech-Vorwahl: Ring 11. 1927

Sonntag, den 6. August 1921

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile ober dem Namen 0,50 Mk. darunter 0,40 Mk. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Gebirgs- und Bergbauangelegenheiten 0,40 Mk. Kleinere: Die Millimeterzeile, 8 gespaltene ober dem Namen im Satz 1,- Mk.

Der Zentralausschuß der KPD. zum Moskauer Kongreß.

Am 2. und 3. August tagte in Berlin der Zentralausschuß der KPD., der sich mit den Ergebnissen des dritten Weltkongresses, mit der Tätigkeit der Zentrale und dem am 22. August stattfindenden Parteitag beschäftigte.

Das Referat über den Weltkongreß hielt Genosse Roosen. Längere Redezeit wurde dem Genossen Reumann, als Vertreter der Opposition, bewilligt.

Gegen 4 Stimmen wurde vom Zentralausschuß die nachstehende Resolution angenommen:

Resolution des Zentralausschusses über den Moskauer Kongreß.

Der Kongreß der dritten Internationale hat auf der Grundlage der Erfahrungen aller Sektionen im revolutionären Kampfe und auf der Grundlage eines Versuches, die gegenwärtige wirtschaftliche Situation zu analysieren, organisatorische und politische Richtlinien festgelegt, deren Durchführung allen revolutionären Arbeitern ihren Kampf erleichtern wird. Die KPD. sieht es als ihre Pflicht an, in Übereinstimmung mit diesen Beschlüssen die breiten Massen des Proletariats für sich zu gewinnen, die Kämpfe der Arbeiter zu leiten, zu erweitern, zu vertiefen, zu vereinen und dem Gange der politischen Entwicklung entsprechend zu politischen Endkämpfen zu steigern.

Die KPD. wird deshalb in den kommenden Kämpfen der Arbeiterklasse an die täglichen Nöte der Proletariat anknüpfen und die Kämpfe gegen die Willkür, die Sabotage und die Lohnherabsetzungen der Unternehmer, die Brotpreisverteuerung und Steuererhöhung auf der breitesten Grundlage führen, um dadurch das Vertrauen der Arbeitermassen zu gewinnen und die KPD. wirklich zur führenden revolutionären Partei der Arbeiterklasse zu machen. In den kommenden Kämpfen mit der Bourgeoisie wird die KPD. die Strategie des revolutionären Kampfes anwenden, wie sie in den Thesen des Kongresses ausgedrückt ist.

Der Zentralausschuß erkennt als die wichtigste Aufgabe die sofortige politische und organisatorische Konsolidierung der Partei auf der Grundlage dieser Beschlüsse und unter fester einheitlicher Führung der Partei.

Der Zentralausschuß begrüßt die Feststellung des dritten Kongresses, daß die Märzaktion ein der KPD. durch den Angriff der Regierung auf das mitteldeutsche Proletariat auszuweunender Kampf war und als einen Schritt vorwärts bezeichnet wurde. Die Märzaktion war ein heldenhafter Kampf von Hunderttausenden von Proletariern gegen die Bourgeoisie und indem die KPD. sich mutig an ihre Spitze stellte zur Verteidigung der mitteldeutschen Arbeiter, hat sie bewiesen, daß sie die Partei des revolutionären Proletariats ist.

Der Zentralausschuß erklärt, daß die von Kun-Edelheimer vorgelegten Thesen nicht die der deutschen Partei waren. Er beruft sich ausdrücklich auf die von ihm am 4. Mai zum internationalen Kongreß beschlossenen Thesen über die Taktik der kommunistischen Parteien.

Der Zentralausschuß erkennt erneut die bei der Einleitung, Durchführung und theoretischen Bewertung dieser Aktion aufgemachten Fehler an und ist entschlossen, die daraus gezogenen Lehren bei der weiteren Führung der Kämpfe in Deutschland auszunutzen.

Der Zentralausschuß nimmt mit Genugtuung Kenntnis davon, daß der Kongreß einmütig den Ausschluß Paul Levys bekräftigt und im übrigen erneut die Kampfregeln revolutionärer Disziplin bekräftigt hat. Die Voraussetzung einer wirklich kampfstrengen kommunistischen Partei ist, daß sich die Mitglieder unbedingt der revolutionären Disziplin der Partei fügen.

Der Zentralausschuß fordert die gesamte Mitgliedschaft der Partei an, sich die Beschlüsse des Kongresses zu eigen zu machen. Er erwartet von der Zentrale, daß sie durch politische Führung im Sinne der Beschlüsse die Streitigkeiten in der Partei, soweit sie nicht grundsätzlicher Natur sind, überwindet und dem gesamten Proletariat den Weg der kommunistischen Partei als der Partei des revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie klar zeigt.

Der Zentralausschuß beschließt, daß alle Genossen der Opposition, die durch ihre Arbeit innerhalb der Partei jetzt beweisen, daß sie sich offen auf diesen Boden stellen, zur Mitarbeit heranzuziehen sind. Der Zentralausschuß ist überzeugt, daß alle Elemente, die diesen Weg nicht gehen wollen, sich damit selbst außerhalb der Partei stellen.

Er fordert alle Parteigenossen zur kräftigen Mitarbeit auf. Die günstige politische Situation erfordert es besonders, daß alle Mitglieder der KPD. sich unbedingt in den Dienst der Partei stellen, behaupten und freudig für den Kampf um den Kommunismus Opfer bringen und der KPD. durch unermüdete revolutionäre Propaganda und Ausnützung aller proletarischen Kämpfe neuen und erweiterten Boden in den arbeitenden Schichten verschaffen.

Roosen: Genossen! Wir wissen, daß der Zentralausschuß verspätet einberufen worden ist. Die Berichterstattung über den Kongreß war außerordentlich schlecht, wir werden unsere Kritik, soweit sie sich auf diese Berichte bezieht, in vielen Fragen stellen müssen, wenn erst die stenographischen Berichte aus Moskau hier sein werden. Alle kritischen Fragen haben sich drüben ganz anders angefühl, als es hier sieht. In Moskau haben sich auch die beiden konträren Gruppen viel enger aneinandergeschlossen, als es hier der Fall ist. Unser nächstes politisches Ziel ist die Ausföhrung der Beschlüsse des Weltkongresses. Kritisieren und kritisieren wäre ein Rückschritt, nur sachliche Diskussionen sind möglich. Unsere Aufgabe ist, die Moskauer Beschlüsse auf dem Boden der deutschen Verhältnisse durchzuführen.

Als ich das letzte Mal zu ihnen über die Lage Rußlands sprach, hob ich die ungeheure Schwierigkeit der Ernährung, das teilweise Darniederliegen der russischen Industrie und die schwere rastlose Arbeit der Volkswirtschaft beim Wiederaufbau ihres Wirtschaftskörpers hervor. Ich sprach von den verschiedenen Wegen, die sie beschritten, machte Ihnen die Bedeutung der Dekrete über die Natursteuer klar und zeigte Ihnen, wie die Rätemacht sich bemüht, einen Staatskapitalismus, die Uebergangsstufe zum Kommunismus für Rußland auszurichten. Als wir nach Rußland kamen, begannen die Verordnungen sich auszuwirken. Eine ihrer wichtigsten Ergebnisse war die Tatsache, daß die Sowjetregierung endlich „Ruhe im Dorfe“ hat. Das bedeutete für die Rätemacht eine ungeheure Stärkung. Die erwarteten Wandenkämpfe wurden verhindert, die beschränkte neue Transporttrike abgewendet. Dann kam die Hungersnot. Von den 150 Millionen Russen sind 30 Millionen zu verpflegen, die anderen „Selbstverfolger“. Nun sind von 50 Gouvernements 15 der Dürre zum Opfer gefallen. Davon können ein Drittel von alten Vorräten zehren, die übrigen sind allerdings in einem Hungerzustand, der jedoch geographisch begrenzt ist; die Kraftzentren der Räterregierung liegen nicht in den Hungergebieten.

Man hat die russische Wirtschaftspolitik beschildert. Genosse Lenin machte uns westeuropäischen Genossen klar, daß es sich jetzt in Rußland darum handele, zunächst mit allen Kräften die Industrie wieder aufzubauen, die das Rückgrat eines jeden Wirtschaftsorganismus sei. Die Konzeptionen sind gewiß ein Tribut an den Kapitalismus, vielleicht auf Jahrzehnte hinaus, aber sie sind notwendig. Rußland muß unbedingt Industrie-Produkte haben, da die russische Industrie durch den langen Krieg stark zerrütet wurde. Die Schuldigen an den Konzeptionen sind nicht die russischen Genossen, die wahrlich ihr bestes getan haben, sondern wir, die Sozialdemokraten, die sie im Stiche ließen, indem sie die Weltrevolution vertieken. Man wirft der Räterregierung vor, daß sie einen Staatskapitalismus errichten wolle, aber man vergißt, daß es sich hier nur um eine Uebergangsstufe handelt, und daß der Staat ein proletarisch beherrschter ist.

Ich komme nun zur Diskussion über die taktischen Fragen. An einer Reihe von Parteien ward scharfe Kritik geübt. Sieh die kommunistische Partei der Tschechoslowakei wandte sich vor allem die deutsch-böhmische kommunistische Partei, die alle Nachteile von zwei nebeneinander in einem Lande arbeitenden kommunistischen Parteien nachwies. Auch von anderer Seite wurde gegen die Führerguppe der tschechischen Partei Verwahrung eingelegt, daß sie mit 350 000 Mitgliedern als die mächtigste Partei ihres Landes, zu größerer Aktivität verpflichtet sei. An der französischen Partei wurde kritisiert, daß sie nicht rücksichtslos genug gegen den französischen Militarismus vorgegangen sei. Gegen diesen Vorwurf wurde sie von dem Genossen Trotski, der scharf gegen „linke Dummheiten“ polemisierte, in Schutz genommen. Noch eine ganze Reihe anderer Parteien wurde so einer kritischen Diskussion unterzogen.

Zur Frage der Weltwirtschaftslage lagen Thesen von Trotski und Wurga vor, die sich mit den Krisen innerhalb der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsstufe befaßten, die Weltlage nach dem Zusammenbruch Ost- und Mitteleuropas beleuchteten, und aus dem Gleichmaß der amerikanischen auf der einen und der englisch-japanischen Kräfte auf der anderen Seite einen Ausweg in einem nahenden bewaffneten Zusammenstoß sahen. Mit den taktischen Folgerungen Trotskis aus dieser Situation war eine ganze Reihe von Parteien nicht einverstanden. Die Kritik führte aus, man habe „das Wasser zu weit genommen“, man müsse vor allem die Frage, was tun wir heute, im gegenwärtigen Augenblick, beantworten.

Dann gab Genosse Sinowjew den Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, der scharfste Kritik an der Tätigkeit der verschiedenen Parteien ausübte. Er forderte, an die Sozialistische Partei Italiens eine ultimative Forderung auf Bruch mit den Reformisten zu stellen. Der Kongreß billigte die Haltung der Exekutive in den Fragen der KPD. Er erklärte sich mit dem Ausschluß der KPD. einverstanden, der in der bisherigen Linie bleibe, da die Frage der sogenannten „Linien“ vor dreiviertel Jahren eine Massenfrage gewesen sei, während es sich jetzt nur um Splitterorganisationen handle. Zur Diskussion über die Taktik lagen auch unsere deutschen Thesen vor. Daneben hatten Genosse Thalheimer und ein ausländischer Genosse noch besondere Zeitfage eingereicht, die jedoch von der deutschen Zentrale und der Delegation nicht gebilligt wurden. Von vornherein war es klar, daß die Grundlage der taktischen Einigung die Preisgabe der Offenivstheorie sei. Aber die deutsche, italienische und mehrere andere Delegationen stellten umfassende und gründliche Änderungsanträge, die eine Kritik Levins zur Folge hatten. Genosse Maschah verteidigte die Haltung der deutschen Opposition. Die Einzelkämpfe wurden in den Kommissionen ausgefochten. Dort wandten wir uns z. B. gegen die unklare Formulierung, daß die „Reinheit“ gewonnen werden müsse, weil hinter dieser Formel sich leicht ein Opportunismus verbergen könne. In der Frage der Bekämpfung des Opportunismus siegte die russische Mehrheit. Hatte Rabels Referat über die Taktik schon im Mittelpunkt des Interesses gestanden, so war sein Schlüsselwort nicht minder eindeutig. Es handelte sich um die Forderung, daß von der Opposition die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses unter allen Umständen verlangt werden müsse.

In der Gewerkschaftsfrage wurde die Linie des zweiten Kongresses beibehalten, jedoch wurden über die Taktik unseres Kampfes um die Eroberung der Gewerkschaften scharfere und durchgreifendere Maßregeln beraten. In der Frage der Genossenschaften warnte man das Kreditkomitee, nicht durch die Errichtung eines Roten Genossenschaftsrates in die Fehler, die bei der eiligen Errichtung der Roten Gewerkschaftsinternationale gemacht worden seien, zurückzufallen. In der Jugendfrage wurde den Jugendverbänden organisatorische Selbstständigkeit zugesichert, dagegen von ihnen politische Unterordnung verlangt. Die Organisationsthesen, in denen nicht nur vom Aufbau der Partei, sondern auch von der Methode und dem Inhalt ihrer Arbeit die Rede ist, sind sehr umfangreich. Sie geben dem Begriff des demokratischen Zentralismus zum erstenmal einen bestimmten Inhalt. Eine wichtige Rolle spielen Agitations- und Pressefragen. Die Organisation müssen die Presse als Kampfmittel ausbauen, um sich ihren Einfluß auf die Massen zu sichern. Die russischen Genossen wollten sich nicht von den Erfolgen der Arbeit überzeugen lassen, wenn sie sehen, wie schwach die kommunistische Presse geüen wird.

Die großen Auseinandersetzungen in der KPD. wurden auf dem Kongreß vom Standpunkt der Fragen aus verhandelt: Was können wir tun, um alle Kräfte in den Dienst der Partei zu stellen. Das Ergebnis ist

der Moskauer Vertrag.

Nach allgemeiner Aussprache kamen die Teilnehmer über folgende Punkte überein:

1. Anerkennung der Kongreßbeschlüsse von allen Genossen für ihre Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Partei mit der Verpflichtung, mit aller Kraft und Energie für die Durchführung derselben einzutreten.
2. Alle Fraktionsbildungen und Sonderbestrebungen innerhalb der Partei haben von allen Seiten zu unterbleiben.
3. Es ist selbstverständliche Pflicht aller Parteigenossen, nur an Parteigorganen mitzuarbeiten, die unter Kontrolle der Partei stehen.
4. Die Parlamentsfraktionen unterstehen der Kontrolle und Disziplin der von der Partei zur Kontrolle beauftragten Organe.
5. Ermöglichung der Diskussion, kritischer Fragen in der Parteipresse und den Parteiorganisationen innerhalb der weitesten Grenzen, die mit den Interessen der Bewegung vereinbar sind.
6. Heranziehung aller Parteimitglieder zur Parteilarbeit, die aufrichtig gewillt sind, die Beschlüsse des dritten Kongresses durchzuführen. Hierbei soll selbstverständlich ihr früherer Standpunkt zu den durch die Kongreßbeschlüsse geklärten Fragen keine Rolle spielen.

Ein Höhepunkt der Tagung bildete der Schlußtag, der uns das Endegehorst der verschiedenen Arbeiten brachte. Genossen, in der 2. Internationale waren Thesen und Beschlüsse nur schöne Worte, zu Lasten, die längst geschehen waren. Wir haben eine Internationale, die den Ereignissen voranzugehen und den Weg zu weisen versucht. Auf diese Internationale wollen wir stolz sein. Ihr wollen wir Disziplin machen. Nur dann werden wir leisten können, was die kommunistische Internationale von uns erwartet. Die politische Linie war enge Führung mit den breitesten Massen, fördernde Eingreifen in alle ihre Bewegungen und Kämpfe auch um die kleinsten Ziele, Vorbereitung auf gesteigerte Kämpfe, Ueberwachungen und größere Aktionen, vorzeitige Prüfung der Kampfbedingungen, Schaffung einer proletarischen Strategie und Koordination der Bewegungen der benachbarten Länder, um so gegenüber dem zerfallenden Kapitalismus die Weltrevolution zum Siege zu führen.

Die Diskussion.

Friedland: Die Verhandlungen des Kongresses sind von sehr großer Bedeutung in der deutschen Partei, da ohne politische Richtung keine richtige Politik für die deutsche Partei möglich ist. Bisher hat die deutsche Partei es nicht verstanden, eine klare politische Prognose herauszuarbeiten. Die Russen waren deshalb recht gestimmt, weil die Vertreter unserer Partei bisher keine klare Richtung gezeigt haben. Ein Vertreter der Zentrale kam mit Thesen, einer Privatarbeit, nach Moskau, die keiner gebilligt hat. Nach drei Stunden wurden sie preisgegeben. Aber diese Thesen haben den Einbruch erweckt, als wolle die deutsche kommunistische Partei eine Offensivkannouade loslassen. Die deutsche Partei hätte am Kongreß die Führung haben können, wenn sie Klarheit besessen hätte.

Das Referat Trotskis entsprach nicht der mittel- und westeuropäischen Situation. Das bemängelten auch eine Anzahl der wichtigsten Parteien Mittel- und Westeuropas. Aber es ist uns nicht gelungen, gegenüber dem Referat Trotskis eine klare Linie herauszuarbeiten. Das müssen wir ohne weiteres eingestehen. Es kam in diesem Referat nicht zum Ausdruck, daß die Kämpfe gegen die Verteidigung mit aller Macht gesteigert werden müssen. Dieser Passus wurde erst nach scharfen Kämpfen mit Trotski in die Thesen aufgenommen. Trotskis Referat wies schon methodisch entscheidende Fehler auf. Die Zahlen, die er gibt, hatten mehr an der Oberfläche der Erscheinungen. Es wurde nicht herausgearbeitet die Aktualitätsfrage.

Wir werden auf keine blödsinnige Kritik verfallen. Aber wir müssen eine sachliche wissenschaftliche Kritik führen auf dem Boden der Dritten Internationale.

Dieselben Schwierigkeiten haben wir bei den Beratungen des Kongresses gespürt. Die Ursache waren die hyperrevolutionären Thesen, jene Privatarbeit, von der ich schon gesprochen habe und die dann in drei Stunden preisgegeben wurde. Es wurde nicht genügend scharf herausgearbeitet, was an unserer Kritikfassung gegenwärtig war. Die vielen Erfahrungen, die wir besitzen, haben wir am Kongreß nicht verstanden theoretisch anzugehen.

Bei den Diskussionen... die Ergebnisse des Kongresses... die deutsche Partei liegt nicht darin, vor Recht oder Unrecht bekommen zu haben, sondern wie werden wir die Thesen für die deutsche Situation am besten an und diese Frage müssen wir durch die Tat behandeln.

Die Thesen sind nach rechts und links ausdeutbar. Wir müssen in die Thesen das hineinlegen, was unserer konkreten Situation entspricht.

Das deutsche Proletariat steht vor entscheidenden, wenn auch vielleicht noch nicht vor den letzten Kämpfen. Darüber müssen wir uns klar sein. Diejenigen unter uns, die da glauben, wir müssen uns auf eine lange Zeit einstellen und nichts tun als organisieren, sind auf einem gefährlichen Irrwege.

Die Ergebnisse des Kongresses zeigen uns, wieviel wir in der deutschen Partei gesündigt haben. Wir haben zu sehr disziplinarische Maßnahmen gemacht.

Der Kongress hat uns als deutsche Partei die Möglichkeit gegeben, unsere Fehler zu verbessern.

Wir haben keine Stunde zu verlieren, wir müssen noch hier auf dem Zentralausschuss uns klare politische Richtlinien geben, die auf dem Boden des Kongresses stehen und angepasst sind den konkreten deutschen Verhältnissen. Denn nur der politische Handelnde hat recht. Die Opposition hat in Russland ihr politisches Gesicht verloren.

Eine Diskussion der Fehler auf dem Boden des Kampfes, auf dem Boden der Kongressbeschlüsse ist fruchtbar und das werden auch die Arbeiter begreifen.

Wir werden den ernsthaften Versuch machen, mit den Genossen der Opposition uns zu verständigen und mit voller Lokalität die Vereinbarungen in Moskau durchzuführen, aber wir müssen auch mit aller Schärfe das von den Genossen der Opposition verlangen.

Genossin Braumthal berichtet von der Internationalen Frauenkonferenz, die vor dem Weltkongress in Moskau stattgefunden hat. Die Konferenz ergab einen Ueberblick über die kommunistische Frauenbewegung der einzelnen Länder, die mit Ausnahme von Russland, Deutschland und Bulgarien noch teilweise in den Anfängen steht, teilweise durch die Illegalität der betreffenden kommunistischen Parteien, wie in Ungarn, Amerika, Finnland der Möglichkeit beraubt ist, offen die Propaganda unter den proletarischen Frauen zu betreiben.

Das die kommunistische Internationale es verstanden hat, nicht nur die proletarischen Frauen Westeuropas um ihr Banner zu sammeln, sondern auch die noch unter den schlimmsten Vorurteilen und religiösen Vorstellungen lebenden Frauen des Orients zu wecken und aufzurütteln, das kam durch die aus allen Teilen der Welt besandene Konferenz zum Ausdruck, die vor allem unter dem Eindruck des gewaltigen Kultur- und Aufbaues der kommunistischen Frauen Russlands stand.

(Fortsetzung folgt)

Politische Uebersicht.

Obereschleien und die Wiederaufbauverhandlungen.

Der gemeinsame Schritt der Allierten in der Frage der Durchfuhr von Truppen nach Obereschleien ist nunmehr erfolgt. Die Besatzungsmächte Frankreichs, Englands und der Geschwisterstaaten haben die deutsche Regierung ersucht, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um durch alle möglichen Mittel den Transport alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern, den die Lage in Obereschleien in jedem Augenblick nötig machen könnte.

Aus Berücksichtigung der heutigen Presse geht hervor, wie sehr die französische Regierung bei der deutschen darauf gedrungen hat, ohne die übrigen Alliierten Truppen nach Obereschleien zu senden. Ein Telegramm des Reichsministerpräsidenten an Obereschleien gibt über die Gründe dieses Trägers aus, sehr bedeutsame Aufschlüsse. Frankreich habe die Absicht, Obereschleien etwa nach Art des Saargebietes zu neutralisieren. Das würde die französische Regierung in die Lage versetzen, eine feste reguläre Armee in Obereschleien zu halten, die für Frankreich im Falle eines russisch-polnischen Krieges sowohl wie im Falle einer Verständigung mit Deutschland von großem Wert sein würde.

Die militärische Neutralisierung Deutschlands von zwei Seiten und die Schaffung einer festen Operationsbasis zum Eingreifen im ganzen europäischen Osten, namentlich in Sowjetland, würde Frankreich zur unabhängigen Vormacht in Europa machen. Das kann die englische Bourgeoisie nicht dulden.

bulder, darum erhob sie Anspruch gegen die französischen Truppenverbände, darum sende sie jetzt ebenfalls Truppen nach Obereschleien. Gleichzeitig aber ersuchte noch ein anderer Anspruch Englands; gegen die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen, die jetzt vor dem Abschluss eines Abkommens stehen. Die englische Bourgeoisie fürchtet, daß aus den deutschen Sachlieferungen an Frankreich allmählich ein deutsch-französischer Wirtschaftsbund mit der Spitze gegen England entstehen könnte.

Der Wortlaut des Wiederaufbauabkommens ist noch nicht bekannt. An den fest vereinbarten Leistungen auf Wiedergutmachungskonto wird für die deutschen Kapitalisten voraussichtlich wenig abfallen, da sämtliche an Lieferungen ins zerstörte Gebiet interessierten französischen Fabrikanten erklären, daß Deutschland zu viel Rohstoffe und zu viel Fertigfabrikate anbietet. Dagegen wird den französischen Bestellern ermöglicht werden, für französisches Geld bei deutschen Kapitalisten zu kaufen. In welchem Umfange sie dies tun werden, wird von der Höhe resp. Mäßigkeit der deutschen Preise abhängen.

Die „Hilfe“ für Russland.

Die bürgerliche und sozialistische Presse hat immer wieder auf die Hilfsaktion der deutschen Regierung hingewiesen, die, wie es hieß, sich in „großzügiger Weise“ an der Linderung des russischen Elends beteiligen werde. Jetzt endlich ist man von den Worten zur Tat geschritten, es hat eine Beratung stattgefunden, an der, neben den Vertretern der Wissenschaft, der Parteien, des Handels, der Industrie und des Roten Kreuzes auch Vertreter der deutschen Behörden teilnahmen.

Der „Vorwärts“ berichtet über das Ergebnis der Untersuchung: „Nicht nur auch anerkennen, daß die Sowjetregierung in sehr loyaler Weise alle Hilfsaktionen für die deutschen Kriegsgefangenen unterstützt habe, so müsse man doch in Rücksicht auf die großen Schwierigkeiten der russischen Regierung Stellen in Russland die notwendige Einreisegenehmigung und die ebenso erforderliche Zumindest der Ärzte, Krankenschwester usw. und die Verfügung über die Transportmittel durch einen rasch abzuschließenden Vertrag gesichert werden müsse.“

Es ist selbstverständlich klar, was die bürgerlichen Vertreter unter „Immunität“ der Helfenden und „Verfügung über die Transportmittel“ verstehen. — Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die große Gefahr besteht, daß die Kapitalisten versuchen werden, die Hilfsaktion zum Anlaß zu nehmen, um in Russland festen Fuß zu fassen.

Das Ergebnis dieser ersten deutschen Hilfsaktion von seiten der Regierung ist überaus mäßig. Es heißt, daß man vorläufig nur ein Schiff mit 5 Ärzten und 20 Hilfspersonen entsenden will. Das also ist das Ergebnis all der Aufrufe und Versprechungen Herr Dr. Adolf Braun, Reichsminister für soziale Reformen, erklärte, daß keine Rede davon sein könne, russische Kinder in deutsche Arbeiterfamilien unterzubringen, da wir selbst für unterernährte Kinder zu sorgen hätten, außerdem sprächen auch hygienische Gründe dagegen. So steht die „Hilfe“ der Reichsminister für Russland aus! Der Herr Sozialdemokrat meint, es würde der deutschen Gesundheit schaden. Will sich die Arbeiterklasse mit diesen Lächerlichkeiten begnügen? Es ist allerhöchste Zeit, daß das deutsche Proletariat endlich seine Solidaritätsverpflichtung gegenüber Russland durch Taten einlöst. Die deutsche Arbeiterklasse muß Russland helfen. Schnell helfen!

Miesendemonstration der Hamburger Beamenschaft.

Am 3. August demonstrierten in Hamburg 40 000 Beamte und Angestellte des hamburgischen Staates. Eine in der Beamenschaft noch nie dagewesene Kampfbewegung beherrschte die Massen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Bewogen durch Not und Verfall, zermüdet durch den täglichen erfolglosen Kampf um das wirtschaftliche Gleichgewicht und erbittert durch die sorglose Behandlung ihrer Lebensfragen in Berlin tritt die hamburgische Beamenschaft vor die Demonstration an“ fordert:

1. daß ihrem wirtschaftlichen Zustand durch sofortige Auszahlung einer einmaligen Nothilfe in Höhe von 2000 RM für Unverheiratete und Beihilfe für Kinder und je 500 RM für jedes Kind vorgehrt werde;
2. daß angeordnet die durch die Besoldungsordnung festgesetzten:
a) Grundgehälter erheblich erhöht,
b) die Feuerungszulagen den steigenden Preisen angepasst und
c) die gänzlich unzureichenden Kinderzulagen auf eine den tatsächlichen Anforderungen entsprechende Höhe gebracht werden;
3. daß für die wirtschaftlich besonders stark belasteten Gebiete (Großstädte, Industriezentren, besetzte Gebiete) durch besondere Ausleihzulagen den Beamten und Angestellten ihr Auskommen gesichert werde.

„Schnell und ungeschwächt helfen bestimmt, daß der Staat diese Forderungen in Berlin auf das schärfste und kräftigste geltend machen werde und erwidern, daß er gegenwärtig auch ohne dies gegen Berlin die sofortige Auszahlung der Nothilfe vorschlagen wird. Gleichzeitig rufen wir die Beamten und Angestellten der Reichsregierung auf, sich für die Forderungen zu einsetzen und durch ihre Organisationen und durch die in Berlin bei der Regierung und Reichsregierung mit allen geeigneten Mitteln zu wirken und durchzusetzen.“

Die Streitmacht in Bayern.

In einer Reihe von Fabriken und Gewerken sind Lohnbewegungen im Gange eingetreten, die zwar zu keinem Streik geführt haben, ihn aber in die nächste Nähe rücken. Eine Lohnbewegung besteht in folgenden Gewerken: Kautschukgewerbe, Zinnwarengewerbe und Regenergewerbe. Die Verhandlungen mit den Arbeitnehmern sind eingeleitet und die Lohnforderungen gehen zum Teil über 30 Prozent hinauf.

Kampfbewegung unter den Eisenbahnern.

Die bürgerliche Presse bringt folgende Mitteilung: Aus Anlaß der wirtschaftlichen Entwicklung hat der Allgemeine Eisenbahnerverband seinen erweiterten Verbandsausschuß dieser Tage in Berlin zusammengetreten lassen. Nach mehrwöchiger Beratung hat der Verbandsausschuß einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der erweiterte Verbandsausschuß des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hält in der Erwägung, daß die in Fluß gekommene völlige Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse zumungunsten der Verbraucher eine alsbaldige und durchgreifende anderweitige Regelung der Einkommensverhältnisse unbedingt erforderlich erscheinen läßt, die schleunigste Durchführung folgender Grundsätze für geboten:

I. a) Das zurzeit in Geltung befindliche tausende Dienstleistungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter ist mit sofortiger Wirkung in Anpassung an die durch Lebensmittelerhöhung, Kraftpreiserhöhung und ihre Folgen, Steuerlast und ihre Wirkungen und schließlich die Valutaverwertung hervorgerufene Steigerung der Lebenshaltungskosten zu erhöhen. Bei dieser Erhöhung verbietet eine entsprechende gleichmäßige Herabsetzung der Grundlöhne und Grundgehälter vor einer Erweiterung der bestehenden gestaffelten Leuzerungszulagen den Vorzug.

b) Die bis jetzt bestehenden Leuzerungszulagen sind, wenn es sich nicht ermöglichen läßt, sie völlig in das Grundeinkommen hineinzunehmen, für alle Ortsklassen zu vereinheitlichen.

II. Es empfiehlt sich, die anderen an und für sich schon laudenden formalen Fragen der Einkommensregelung der Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter unabhängig von jeder engherigen Einkommensbewegung zu behandeln, sie jedoch möglichst gleichzeitig zur Entscheidung zu bringen.“

Der Verbandsausschuß hat ferner beschlossen, sich mit den anderen Eisenbahnerorganisationen zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

In zahlreichen Mitgliederversammlungen und Konferenzen des VEB, sowie der anderen Eisenbahnerverbände, kam der entschlossene Wille der Eisenbahner zum Ausdruck, mit allen Mitteln eine Erhöhung der bisherigen elenden Hungergehälter zu erkämpfen. Der obige Beschluß des Verbandsausschusses des „neutralen“ Allgemeinen Eisenbahnerverbandes beweist, daß sich dessen Mitglieder auf keinen Fall mehr mit ungenügenden Zugeständnissen abfinden lassen wollen. Es ist nun Pflicht der Leitung des freigewerkschaftlichen VEB, dieser Bewegung führend voranzugehen, ein gemeinsames Vorgehen aller Eisenbahner mit allen Kräften zu fördern, damit der Kampf um die berechtigten Forderungen der Eisenbahner mit aller Energie geführt wird.“

Nach eine Demokratisierung der Justiz.

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“ schreibt in seiner Morgenausgabe vom 4. August:

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Reichsminister an die Regierungen der Länder ein Schreiben ergangen, in dem diese darauf hingewiesen werden, mehr als bisher Arbeiter in die Laienjustiz zu entsenden. Dies sei notwendig, damit das Gefühl einer Zurücksetzung verschwinde und damit die Bevölkerung mehr als bisher Einblick in die Strafrechtspflege und Interesse an ihr gewinnt. Auch werde das Wirken der Arbeiterschaft gegenüber der Rechtsprechung in Strafsachen und der Strafvollstreckung verschwinden, je mehr sie selbst an der Justiz beteiligt sei. Schließlich werde es der Tätigkeit der Strafgerichte selbst zu wesentlichen Nutzen gereichen, wenn Angehörige der Arbeiterschaft in den Strafgerichten die Gesichtspunkte zur Geltung bringen, von denen aus die Arbeiterschaft die Gesetze des täglichen Lebens betrachte.

Aus diesen Gründen hat der Reichsminister der Justiz empfohlen, die Staatsverwaltungsbekanntmachung, die dem Ausschuss für die Wahl von Schöffen und Geschworenen angehört, dahin mit der Wirkung zu versehen, daß die im Ausschuss für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterschaft eintreten. Ferner hat er den Landesregierungen anheimgestellt, im Hinblick auf die Wahl der Geschworenen durch das Landgericht, den Präsidenten der Landgerichte von den Gründen Kenntnis zu geben, die für eine weitgehende Berücksichtigung der Arbeiterschaft sprechen.

Den Kommissionen, die die Schöffen und Geschworenen wählen, wird also „empfohlen“, weitgehend die Arbeiterschaft zu berücksichtigen. Es steht ihnen nicht nur wie bisher frei, der weißen Klassenjustiz ergebene Arbeiter zu Schöffen und Geschworenen zu bestimmen, sondern der Reichsjustizminister und Reichsministerpräsident wünschen dies sogar ausdrücklich, um das Wirken der Arbeiter gegen die Justiz zu beseitigen. Es ist klar, daß diese demokratische Ueberladung der Justiz nicht das Mindeste an ihrem reaktionären Charakter ändert. In keiner einzigen Gesetzesbestimmung wird auch nur gerührt. Nach wie vor werden reaktionäre Arbeiter ins Justizhaus wandern, geschah dies bisher unter dem Segen des „Arbeiters“ Ebert, so soll es nun unter dem Segen von Arbeitergeschworenen und Schöffen geschehen. Wenn der „Vorwärts“ diesen Erlaß Schöffers auf das Beschäftigte begründet, so weil er hofft, dadurch die Erbitterung der Arbeiter gegen die Sonderjustiz einzuschärfen und ihrem Kampf gegen die Sonderjustiz die Spitze abzubrechen. Diese Hoffnung wird vergeblich sein.

Die weiße Schmach.

Die „schwarze Schmach“ erfüllt gar nicht, verländert die „Tägliche Rundschau“. Sondern es ist eine weiße Schmach. Die „farbigen Franzosen“ sind nämlich sehr nette Leute. Börtlich heißt es:

„Heute werden sie beschrien, heute wird ihr Name mißbraucht; sie sind daran schuld, daß sie noch nicht in der Kultur so weit voran sind? Ich will hier kein Loblied singen, aber auch ihnen müssen wir Gerechtigkeit widerfahren lassen. Das gehört sich so. Waren unsere Schwarzen nicht patente Jungs? Woran liegt's? An der Erziehung. Und die hat der Franzose nicht.“

Ging und allein ist der Franzose an allem Unheil schuld...“

Die deutsche Methode war allerdings einfacher. Zu „unseren“ Schwarzen gehörte bekanntlich auch die Perce. Was ist der deutsche Kulturkampf mit ihnen? Er ließ sie — an die hunderttausend Männer, Frauen und Kinder — ganz systematisch in der Böhme verdrängen, während die deutschen Kolonialtruppen dabei Lache fanden, daß ja kein Säugling aus irgend einer Pflanze löse. Diese Helmsat des deutschen Generalstabes Trotha und seiner Vorgänger war die Gefekprüfung für das große Rassenwörter. Und die Spießgesellen jener Kolonialtruppenverbände heulen jetzt über die Gemeinheiten ihrer französischen — Genossen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Generalfreist der französischen Textilarbeiter verschoben. Da die Arbeitgeber der Textilindustrie von Roubaix beschloffen haben, die vorgesehene Lohnreduktion nicht am 1. August vorzunehmen, haben die Delegierten der Textilarbeiter-Gewerkschaft den geplanten Generalfreist verschoben.

Zum Generalfreist in Desterreich. Die Verze und das Pflegepersonal sämtlicher Krankenanstalten in Wien und in Niederösterreich sind in den Aufstand getreten, um eine Aenderung in der Anwendung der staatlichen Besoldungsordnung zu erreichen. Eine Versammlung sämtlicher Klassen der Landesangestellten hat die Fortsetzung des Aufstandes bis zur vollen Durchsetzung aller Forderungen beschlossen. Zugleich wurde mitgeteilt, daß auch das Pflegepersonal der Wiener Krankenanstalten in den Sympathieausstand treten werde.

Die Kämpfe in Marokko. Die „Era Nueva“ versichert, daß nach heldenhaftem Kampfe die Truppenabteilungen des Generals Navarro gezwungen sein werden, sich zu übergeben, da sie von den Rebellen vollkommen umzingelt worden sind.

Die irischen Eisenbahner gegen den Lohnabbau. Auf dem irischen Fachvereinstag in Dublin erklärten die Delegierten und Mitglieder des Nationalbundes der Eisenbahner, daß sie die Lohnermäßigungen bis zum äußersten bekämpfen würden.

Rationalistische Reibereien in der Tschecho-Slowakei. Regierung und Bürgertum der Tschecho-Slowakei versuchen, den sich zuspitzenden Klassenkampf durch rationalistische Forderungen zu schwächen. Die gegenseitigen Beschimpfungen der tschechischen und deutschen Abgeordneten im Parlament und die Demonstrationen in den gemischtsprachigen Gebieten haben keinen anderen Zweck. Es wäre kaum notwendig, auf diese ungesährlichen Reibereien einzugehen, wenn nicht auch sogenannte Arbeiterparteien, die deutsche und die tschechische sozialistische Partei; an diesen rationalistischen Erzeugnissen teilgenommen hätten. Diese „sozialistischen“ Parteien beweisen damit nur, daß sie nicht anders sind, als getreue Schildhalter der Bourgeoisie, daß sie vom Klassenkampf, der auf der Grundlage der Solidarität der Proletariat, gleichgültig welcher Nationalität, geführt werden muß, nichts wissen wollen. Die Aufgabe der Vereinigten kommunistischen Partei der Tschecho-Slowakei wird es sein, dieses verräterische Verhalten zu entlarven und das Proletariat der Tschecho-Slowakei zu einem einheitlichen Klassenkampf zu führen.

Wie die Arbeitslosigkeit in Ungarn „bekämpft“ wird.

Die Zahl der Arbeitslosen in Ungarn schätzt man gegenwärtig auf über 150 000. Nun fängt die reaktionäre Regierung an, die Arbeitslosigkeit zu „bekämpfen“. Wie sie es tut, zeigt folgendes Beispiel: Der Polizeihauptmann in Szombathely gab eine Anordnung heraus, in der die Arbeitslosen aufgefordert werden, innerhalb 14 Tagen einen Posten zu finden, widrigenfalls gegen sie ein Internierungsverfahren eingeleitet wird.

Generalfreist in Wladiwostok.

Die russischen Arbeiter in Wladiwostok stehen im Generalfreist. Es kam bereits zu schweren Kämpfen mit der Polizei, wobei Gewehrschüsse gewechselt und Bomben geworfen wurden. Der Kommandant der Besatzungstruppen von Wladiwostok hat dem wehrkräftigen General Sappel 2000 Gewehre zur Verfügung gestellt, damit er den Arbeitern Widerstand leisten könne. Diese stehen im Verdacht, die Kommunisten wiederherzustellen zu wollen, die vor einigen Wochen beseitigt worden war. Es wird berichtet, daß japanische Besatzungstruppen auf dem Wege nach Wladiwostok sind.

Arbeitsfriede.

Cobright by Der Malik-Verlag, Leipzig.

Von Franz Jung.

Im Diebstahl gegen Menschenwürde.

Das Gebäude der Landesamtenschaft, in dem dieser Fall entschieden wurde, war ein großer, nobler Steinwürfel, fast und glatt. Und nach allen Seiten streng geschlossen. Eine gewaltige Kraft von außen mußte ihn scheitern zusammenhalten. Drinnen waren unzählige Zimmerwürfel derselben Art, die ineinandergeschachtelt und aufeinandergepreßt waren, und jeder dieser Büroräume glich dem anderen aufs Haar. Es muß schon eine ungeheure Kraft sein, die diese Zellen unter Druck hält. Denn würde sie nachlassen, würden die Würfel empor- und auseinanderzucken, die steinernen Capfeiler sprengen und sich über das ganze Land ergießen und alles mit Papier und Tinte überflutet.

In einem solchen Zimmer saßen die jungen Schreiber an dem langen Tische in der Mitte, die Registratoren längs der Wand an den hohen Wänden, zu denen sie sich auf einem hohen Sessel heraufschraubten, um dann mit hohem Budei darüber zu hocken. Die Sekretäre dagegen saßen an den Sekretär- oder Schreibstühlen und stierten sich einander feindselig und höhnend an, oder lächelten sich boshaft an, wenn eine Schwäche, ein falscher Ton des andern offenbar wurde, oder passierten sich, wenn sie nach Wüchschluß weiterarbeiteten, so um zu zeigen, wer es am längsten wohl aushalten, den Zigarettenrauch ins Gesicht. Aber sie hatten nur eine gleiche Miene und Kopfbewegung der Verachtung gegen das übrige Personal, wenn diese sich erdrehten, ihr Lichtwissen und ihre Interesslosigkeit dadurch zu bekunden, daß sie eine Frage stellten oder vergleichsweise beraten sein wollten. Dann zogen sie die Stirne kraus und die Nase wurde spitz und der so Angeredete merkte es sich genau, um es sofort wiederum bei seinen Untergebenen nachzumachen. Ein besonderer Mann für sich war allerdings der Bürodiener, und da niemand ihn weder prüfend noch strafend anzusehen wagte, hätte man denken können, er sei der Oberste. Aber das kam wohl daher, weil man ihn überhaupt nicht beachtete. Außer daß man ihm ein paar freundliche Worte gab, halb scherzend, halb mahnend, so wie es das Volk liebt, wenn er das Frühstück holen sollte. Denn dafür war man ein gebildeter und anständiger Mensch. Dieser brave Mann saß auf einem Stuhel an der Tür und wartete, bis man ihn rufen würde, eine Feder war abgebrochen, ein Staubtorn im Lintenfah oder der Schreibstiftel durchgefressen und die Kohlfeder stachen ihm empor. Dann erledigte er die Sachen, schweigend und in gebührender Hochachtung. Es war meistens schon ein älterer Mann, denn für solche Leute kamen nur erprobte, abgelebte Leute in Frage, auf die man sich verlassen konnte. Trauen war unser Mann aber umgewandelt. Er trat den Kopf höher und empying etwaige Besucher, Frage- und Pittsteller, die in das Zimmer wollten, mit souveräner Verachtung. Er maß sie mit einem durchforschenden Blick von oben bis unten und hatte genügend Selbstbeherrschung in der Reihe von Dienstfahrten gelernt, sie nicht von vornherein anzuschreien und ranzuzwerfen. Er hörte sie ruhig an, was sie ihm vortrugen, wozu sie wollten und alles das, was schüttelte nur mit dem Kopf. Während des Dienstes sind die Herren nicht zu sprechen. Und dann hatte er eine großartig ruhige Krabbelbewegung, damit warf er die Einbringlinge hinaus. blieb nun einer stehen, wollte noch etwas erklären, nachmals bringender vorföchtig werden — der Diener ließ sich nicht aus der Ruhe bringen. Er verzog keine Miene, schweigend und von oben unberührt, wie er sie hinaus. Das ist Dienst! Das ist der deutsche Beamte, wenn in der Stupidität, unzugänglich in der Besinnung und gewissenlos gegen das menschliche Leben, denn der Dienst steht ihm höher. Darauf beruht dieser Staat.

Riesenbetrug an der Berliner Arbeiterschaft.

Rote Hilfe und BAPD.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ bringen in ihrer Abendausgabe vom Dienstag, den 2. August, einen aussehenerregenden Artikel, in welchem sie den Nachweis erbringen wollen, daß an den von der Groß-Berliner Arbeiterschaft zu Unterstützungszwecken gesammelten Geldern ein schändliches Verbrechen durch Unterbringung von 345 000 Mark verübt worden sei. Soweit die Unterstützungskommission in Frage kommt, haben die beschuldigten Personen durch ihren Rechtsanwalt eine Klarstellung gegeben und werden sicherlich noch das Aug- und Truggebilde der freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale vollständig zerstört. Wir als Parteiorganisation können erklären, daß wir auf die Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft überhaupt keinen Einfluß haben und nie den Versuch gemacht haben, einen auszuüben.

Wenn die freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, die Berliner Gewerkschaftskommission sowie Emil Barth in ihrer Rundgebung erklären, die BAPD sträubte sich, dem Beschluß der Generalversammlung zu entsprechen, so müssen wir diesen Vorwurf zurückweisen. Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft hatte zum Freitag, den 22. Juli, Vertreter der SPD, UGPD, der Gewerkschaftskommission und der BAPD zu einer Besprechung eingeladen, um das Unterstützungsverfahren der Groß-Berliner Arbeiterschaft neu zu regeln.

Die Vertreter unserer Partei stellten dort den Antrag:

1. Aufbau einer zentralen Unterstützungs-Einrichtung über das ganze Reich;
2. Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft vereinigt sich mit der bereits bestehenden Rote Hilfe;
3. Alle Verpflichtungen der Unterstützungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft sowie der Rote Hilfe werden von dieser neu zu schaffenden Unterstützungs-Einrichtung übernommen. Die Zusammensetzung der Kommission geschieht paritätisch durch die 3 sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß das Unterstützungsverfahren der revolutionären Arbeiter zentral ausgebaut werden muß, um alle Opfer unterfassen zu können, die Solidarität der Arbeiterklasse aufs höchste zu steigern und auch in den Bezirken zu sammeln, die von den Kämpfen nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sind, um den unerquidlichen Zuständen, die durch die verschiedenartigen Sammlungen in den Betrieben hervorgerufen wurden, ein Ende zu bereiten, und Schwindlern, die auf Kosten mühsam gesammelter Arbeitergroschen zu leben versuchen, das Handwerk zu legen.

Gegen die Vereinigung mit der „Rote Hilfe“ äußerten einige Vertreter der anderen Parteien Bedenken, weil die „Rote Hilfe“ aus Anlaß der Märzunruhen ins Leben gerufen worden sei und dadurch die „Rote Hilfe“ ein schlechtes Ansehen innerhalb der Arbeiterschaft besäße, für die die Arbeiterschaft keinen Pfennig hergeben würde.

Die bisher aufgetragenen Mittel der Arbeiterschaft für die „Rote Hilfe“ beweisen jedoch das Gegenteil. Trotzdem erklären unsere Vertreter, daß sie auf den Namen absolut kein Gewicht legen und daß es ihnen darauf ankommt, den Opfern des proletarischen Klassenkampfes zu helfen, sie vor den Verfolgungen der Klassenjustiz zu schützen und sie vor dem allergrößten Elend zu bewahren.

Die antwortenden Vertreter der anderen Parteien wichen einer klaren Erklärung aus. Nur die Vertreter der SPD erklärten, daß sie nie und nimmer mitmachen. Diese Erklärung entspricht auch ihrem ganzen bisherigen Verhalten bei den Sammlungen für die Berliner Unterstützungskommission, die

se schon seit Jahr und Tag sabotierten und immer ihre Anhänger aufforderten, seine Gelder für die B. U. R. zu sammeln. Nachdem über unsere Vorschläge nicht weiter verhandelt wurde, erklärte Barth als Vertreter der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, daß die Berliner Unterstützungskommission auf einer anderen Grundlage laut Beschluß der letzten Betriebsräte-Vollversammlung ausgebaut werden soll.

Dagegen wurde in erster Linie von den Vertretern der U. R. Einspruch erhoben, weil dieser Beschluß ohne Bestehen der U. R. zustande gekommen sei und die Grundlage der U. R. bisher eine andere war. Die bisherigen Träger der U. R. werten die revolutionären Obleute der Berliner Großbetriebe.

Wir können versichern, wenn die Vertreter der U. R. es ablehnten, ohne jede Sicherheit dafür zu haben, daß die Opfer des Klassenkampfes auch weiterhin unterstützt werden, die Gelder der SPD und den Gewerkschaften auszuliefern, die bisher bemüht waren, die Sammlungen für die Unterstützungskommission zu sabotieren. Die ganzen Ausführungen der Vertreter der anderen Parteien ließen darauf schließen, daß es ihnen nur darauf ankam, die noch vorhandenen Gelder der Unterstützungskommission in die Hände zu bekommen, währenddem die Vertreter der Unterstützungskommission erklärten, daß sie ohne Zustimmung der anderen Parteien ebenfalls eine Verschmelzung mit der „Rote Hilfe“ ablehnen würden und daß dann die U. R. auf der bisherigen Grundlage weiter bestehen bleibt. Die Sitzung führte deshalb zu keinem Resultat, vielmehr erklärte E. Barth, daß am Montag, den 1. August, eine neue Sitzung stattfinden: Bis dahin soll sich die BAPD entscheiden, ob sie ihre Vertreter in die neu zu schaffende U. R. entsendet. Dies wurde von uns abgelehnt. Wir erließen dann auf indirektem Wege Vorschläge des Genossen Barth, in denen wir ein gewisses Entgegenkommen gegenüber unseren Anträgen erwiderten. Unsere Vertreter besuchten die Sitzung und beantragten die Einsetzung eines Ausschusses, welcher die Grundlage für die Reubildung auf Grund der Vorschläge von E. Barth, sowie unserer eigenen Vorschläge beraten sollte. Es stellte sich jedoch sofort heraus, daß diese Vorschläge gar nicht ernst gemeint waren und sie wiederum unter allen Umständen den Beschluß der letzten Betriebsräteversammlung gegen den Willen der Unterstützungskommission durchführen wollten. Die Unterstützungskommission war auf dieser Sitzung nicht anwesend. Unsere Vertreter erklärten, daß sie mit der Reubildung einverstanden seien, wenn die alte U. R. ihre Zustimmung gibt. Darauf verließen die Vertreter der BAPD die Sitzung. Was nun folgte, die Schwindelnachricht über Mißhandlungen, Verhaftung des Gen. E. Barth, sind das Produkt der Sitzung, als die BAPD die Sitzung verlassen hatte. Kam schon in den Verhandlungen ein grenzenloser Haß gegen unsere Partei zum Ausdruck, so ist der jetzt einsetzende Verleumdungsfeldzug nur aus Rachegefühl bittiert.

Wir überlassen es dem Urteil der Berliner Arbeiterschaft, festzustellen, wer hier die Einheitsfront gestört hat.

Wir erklären uns nach wie vor bereit, an einer Unterstützungs-Einrichtung, an welcher die gesamte Arbeiterschaft beteiligt ist, mitzuarbeiten. Die vergangenen Kämpfe haben gezeigt, daß die Reaktion keinen Unterschied macht in den Parteischattierungen des Proletariats, sondern die Proletariat vom Klassenstandpunkt beurteilt. Bald wird die Zeit kommen, wo dem Proletariat (nicht nur den Kommunisten) neue Wunden geschlagen werden. Um so notwendiger ist es, daß sich die Arbeiterschaft dessen bewußt wird und über die Köpfe der parteiegoistisch eingestellten Parteiführer eine Unterstützungs-Einrichtung schafft, die den Aufgaben gewachsen ist und diese Opfer in weitestgehendem Maße unterstützt. Wir betrachten unsere Vorschläge nach wie vor als die geeignete Basis dafür, und bitten die gesamte Berliner Arbeiterschaft, uns in dieser Richtung zu unterstützen, wenn es nicht anders geht, die Vertreter ihrer Partei zu zwingen, dieses große Werk mitzuschaffen.

So ging es auch bei den drei Arbeitsriedern, die sich nach ihrer Sache erkundigten wollten, um persönlich der Behörde die Beschlüsse der Vollversammlung mitzuteilen. Sie hofften noch, damit auch einen Ausschub zu gewinnen. Aber sie kamen nicht mal bis zum Vorzimmer. Schon der Sekretär empfing sie nicht. Das übrige besorgte der Diener. Den Leuten riß die Geduld. Es hätte nicht viel gefehlt, und sie hätten sich gewaltsam Einlaß erzwingen. Aber sie wußten ja nicht bei der Unmenge der gleichen Büros, an wen sie sich wenden sollten, und außerdem waren sie da, um noch im guten Zeit zu gewinnen. Aber dieser legere Gedanke verlor allmählich an Durchschlagskraft. Sie begannen laut zu schimpfen, daß es in den Korridoren nur so schalte, und manche typischen Beamten-beleidigung, für die in Deutschland der Strafrichter zuständig ist, war dabei. Aber niemand rührte sich, keine Tür tat sich auf. So gingen sie schließlich wieder. Unbefriedigt, daß sie einen von diesen Kerlen nicht unter die Finger bekommen hatten.

Den meisten drinnen in dem Hofe friedlich zumute. Das kam jetzt alle Tage vor, daß Leute von dem aufgebehten Volk kamen und drinnen Krach schlugen. Das gab sich wieder. Sich mit solchen noch hinsetzen und reden, das wäre unter ihrer Würde gewesen. Und sie zogen ein neues Altbündel aus dem Schrank, blätterten sorgsam und verneigten sich dann in die letzte Verordnung.

Der Sekretär, der die Sache bearbeitete, war als einziger vielleicht etwas in Aufregung. Er hatte vergessen, seinem Chef, der die erledigten Fälle unterschrieb, davon Mitteilung zu machen, daß eine Antwort von der Vereinsleitung noch nicht eingegangen war, obwohl bereits am Tage vorher die Anweisung an die Militärbehörde für die Einquartierung herausgegangen war. Er hätte doch jetzt wissen mögen, was die Leute vorzutragen beabsichtigt hatten, denn er brauchte diese Antwort in seinen Akten. Er nahm jetzt ziemlich mißmutig, was sein Gegenüber lächelnd bemerkte, die Akten, und ging dann durch die Zimmer einen langen Weg von einem ins andere, um persönlich seinem Chef von dem Stand der Dinge und dem Vorgefallenen Mitteilung zu machen.

Er hatte ein gewisses bestimmtes Gefühl. Und nachdem er geraume Zeit gewartet hatte, wurde er vorgelesen. Er kam sehr bald mit einem roten Kopf wieder heraus. Es gelang ihm nicht, diese Note ganz zu verbergen, als er an seinen Platz zurückkam. Der Kollege ließ sich das natürlich nicht entgehen und fing vorzüglich davon an, wie sich die Zeiten doch geändert hätten. Damit ludt man einen am besten aus, dem etwas Unangenehmes passiert ist. Und der andere fing auch sogleich an, daß der Beamte heute nur eine geringe Unterstützung noch an der Regierung hätte. Die Regierung zeige nicht mehr genügend festen Willen gegen den Böbel, der damit immer frecher werde. Die Anweisung an die Militärbehörde soll zurückgezogen werden und er hat sich wundert wie dabei angefaßt und ist noch groß geworden, als ich ihm sagte, er habe sie doch gestern selber unterschrieben. Man soll sich nicht in die Sachen dieser Herren mischen, das ist mein Grundfaß jetzt, mögen sie damit selber zurechtkommen. So sprach der, und es wirkte einen gehässigen Anwandler gegeben haben. Diesmal aber verständigten sich die beiden Kollegen bald. Sie hatten zu wenig Grund, sich gegenseitig die Wut der Vorgesetzten zu gönnen. Der Fall lag erster und solche Sachen häuften sich jetzt. Es war notwendig, auch nach außen mehr zusammenzuhalten. Die Herren von der Regierung waren nur noch eine geringe Stütze. Sie entschieden bald so, bald so, und wurden sie angegriffen in der Öffentlichkeit die auf einmal so gefährlich wurde wie nie zuvor, so schoben sie es auf die nächste Dienststelle ab und diese ebenfalls weiter, bis es auf dem Sekretär hing blieb. Es war wirklich besser zusammenzuhalten, und als solcher Bloß die Regierung selbst erst wieder zu fügen. In diesem Sinne war eine Bewegung unter ihnen im Gange. Im Grunde genommen, war es unerhört, nie hatten sich bisher die

Regenten mit Politik beschäftigt, außer daß er gelernt hatte zu dienen und den Chef in der Willen „Perfekt“ anzusehen. Aber die wirtschaftliche Not räumte schlimm unter ihnen auf. Man sah ordentlich, wie die Altgedienten abstarben. Als Vorläufer des Staatszusammenbruchs. Eine schwere Prüfungszeit war über die Sekretäre gekommen. Und dabei wollten sie sich nicht eingestehen, daß die Familien längst verelendet sind, daß sie selbst Volk und Böbel geworden sind — das verlangt Treue, Selbstfeier und heilige Einfachheit. Und so sprachen die beiden und schüttelten sich die sorgenschweren Köpfe zu. Ja, ja sagte der eine, es sind dunkle Kräfte am Werk.

Die dunklen Kräfte rühren sich.

Die Kunde davon, daß etwas für die Arbeitsrieder getan werden müßte, ließ schneller durch die Fabriken als es die Wandermütigen und wie man leider sagen muß die Erfahrungreichen erwartet hatten. In einem größeren Eisenbergereibetriebe trat in der Pause die Belegschaften zusammen und besprachen den Fall. Was werden unsere Organisationen dazu tun, hieß es. Und ein Gewerkschaftsbeamter, der von den Verhandlungen wußte, erläuterte den Bericht, und daß die Gewerkschaften die Siedlungsfrage überhaupt zu einer politischen Frage austreten werden. Es muß Dampf dahinter gemacht werden meinten einige. Wir müssen endlich anfangen damit aufzuräumen. Wir wollen bessere Wohnungen, wie das Vieh sind wir in unsern Löcher eingepfercht. Diese Siedler haben das richtig erfaßt. Jetzt kommen die Beamten und wollen uns das wegnehmen. Die Polizeigarden möchten sie unterbringen, man weiß, wo das hin soll. Und eine Entschließung wurde angenommen, die zur Unterstützung der Arbeitsrieder die Verbände mit allen Mitteln und ungesäumt aufforderte. Damit wir nicht wieder zu spät kommen, wenn die Kollegen schon auf der Straße liegen, wurde gesagt. Und als sie wieder bei den Frauen standen, war es jedem klar, daß die Arbeitsrieder einen richtigen Weg gegangen waren. Natürlich, dachte mancher, so muß man eine Sache anfangen. Sich selbständig und kräftig machen, dann kann man besser kämpfen und dem Unternehmertum die Zähne zeigen. Nur Rückhalt muß man haben, daß man es auch aushalten kann. Die Gewerkschaftsbeamten waren auf einmal dabei die eifrigsten, sie witterten den neuen Agitationsstoff. Sie verhielten sich wohlweislich, daß sie selbst die Verhandlungen, vielleicht nur aus der Schwermüdigkeit ihrer Organisation, vielleicht weil wichtigere allgemeine politische und wirtschaftliche Fragen zu erörtern gewesen waren, so lange hinausgezogen hatten, daß es fast schon zu spät war. Es erschien allen als ein sofort zu verwirklichendes Ziel, auch für die Besserung der Wohnungsbedingungen zu kämpfen und die Siedlungsfrage von seiten der organisierten Arbeiterschaft in die Hand zu nehmen und selbständig zu lösen.

Man muß zugeben, daß bisher die Siedler unter den Kollegen nicht gerade leichten Stand gehabt hatten. Ein Teil hielt sie für Abtrünnige oder auf dem besten Wege dazu es zu werden. Man hat leicht den Eindruck, daß sind Leute, die was Besseres wollen, in dem Sinne: sie gebären nicht mehr alle zueinander — eine besondere Waffe für sich. Zum Teil war auch in der Siedlung viel Schwarmgeheer, anarchoistische Dufelei und Querbräuterei. Manchem leuchtete dabei so ein spezialbürgerlicher Gedanken durch wie die Leute die Vereine gründeten gegen das Trinken, Vegetarier, Stenographen und sonstiges Zeug. Einer war sogar mal unter ihnen, der wollte sich nur von Körnern nähren — er sah auch danach aus. Das alles druckte in den Köpfen, und der Arbeiter hat eben wenig Zeit, sich richtig alles durchzudenken und zu überlegen. Was sie heute von Arbeitsriede gehört hatten, das sah alles ganz anders aus. (Fortsetzung folgt.)

Wegen technischer Störungen mußte unser langsehender Roman ein paar Tage unterbrochen werden.

Neue Schwierigkeiten in der ober-schlesischen Frage.

Wie wenig das Kompromiß in der ober-schlesischen Frage auch nur den Weg zu einer Einigung der beiden führenden...

Wenn nun auch, wie der „Eil-Express“ mitteilt, am 2. August abends das englische Auswärtige Amt dem englischen...

Zwischen den hauptsächlich beteiligten Mächten findet augenblicklich ein lebhafter Gedankenaustausch über das...

Was Oberschlesien anbetrifft, so scheint trotz der „elastischen Ansichten“ der italienischen Sachverständigen bisher wenig Aussicht zu bestehen, daß der Ausschuss der Techniker...

Man sieht, daß es den Diplomaten noch durchaus unklar erscheint, ob wirklich die Pariser Konferenz dies ober-schlesische Problem in einem beiden imperialistischen Interessengruppen...

Daß aber die englische Diplomatie entschlossen ist, jetzt die ober-schlesische Frage „endgültig“ zu regeln, ist nur ein Zeichen dafür, wie sehr sie sich dessen bewußt ist, daß zwar die gegenwärtige weltwirtschaftliche Situation für England günstiger ist als die letzten Wochen zuvor, daß sie aber sehr schnell in eine Frankreich wieder günstige umschlagen kann.

All diese Konflikte und Schwierigkeiten werden sich im Rahmen der Enquete cordiale ab, jede Macht sucht ihren Vorteil trotz des Bündnisses, aber es besteht bisher gar kein Grund, anzunehmen, daß die Spannung in der ober-schlesischen Frage das Bündnis in Kürze zerbrechen werde.

Ein unerhörter Polizei-Scandal!

Vor einiger Zeit brachten wir einen Hinweis darauf, daß der Spitzel Bruno Jüttner, der in Breslau eine große Anzahl unschuldiger Genossen auf Grund einer Denunziation auf lange Zeit ins Gefängnis gebracht hat, sich gegenwärtig in Bremen herumtreibt.

Inzwischen aber hat die Angelegenheit Jüttner in ihrem weiteren Verlauf ein geradezu schmachvolles Bild der Korruption in denjenigen Kreisen enthüllt, die angeblich berufen sind, im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ihres Amtes zu wachen.

Dieser Bruno Jüttner, ein ehemaliger Former, der während des Krieges als Reifender in Oden und Zeiten das Arbeiten verlernt hat, sah sich nach dem Kriege außerstande, weiterhin in so beachtlicher Weise, wie das bei der Anapheit der Waren, in denen er reiste, möglich war, Geld zu verdienen.

Der vom Oelde der Zenerjahre bejoldete Polizeibeamte weigert sich also, einen Verbrecher, der ihm als Spion, als Spitzel dem Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Wir können jetzt dem Staatsanwalt toischer Adresse und Arbeitsort des Jüttner angeben. Wir wollen absolut nicht dem Jüttner die Möglichkeit nehmen, durch Arbeit ein unabhängiger Mensch zu werden.

sprechende Daten abzugeben. Oder weiß der Jüttner zu viel, Herr Staatsanwalt?

Die „Grundzüge“ der „Volkswacht“

Die Grundzüge der „Volkswacht“ in ihrem redaktionellen Teil sind nicht viel wert. Heute so, morgen anders; wie's waht. Gestern: Für den ober-schlesischen Selbstschutz, gleich vor die Führung übernimmt. — Heute: Nie wieder Krieg! Der Inzeratenteil unterscheidet sich aber in nichts von einem ganz gewöhnlichen Streikbrecherblatt.

Wann wir auch der Meinung sind, daß jedem befähigten Arbeiter auch ohne abgestempelten Lehrbrief die bei kurzfristiger Lehrzeit und hoher Barvergütung als Maurerlehrling sucht.

Daß damit einer unerhörten Lohnbrüderlei Tür und Tor geöffnet wird, sehen die „Volkswacht“-Schreiber nicht ein.

Wenn wir auch der Meinung sind, daß jedem befähigten Arbeiter auch ohne abgestempelten Lehrbrief die

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Lehrlinge und Schüler.

Sonnabend, den 6. August, abends 7½ Uhr finden 4 öffentl. Jugendversammlungen statt.

Gegen die Hungerlöhne. Gegen die lange Arbeitszeit. Für den Offenen Brief der FJ. Für Herstellung der jungproletarischen Einheitsfront. Lokale: Zentralballsaal, Bestendstr. 50/52. Bräuer's Festhalle, Gabitzstraße. Sanssouci, Mehlgasse 11. Leßing, Adalbertstraße 10.

Thema: Wie beseitigen wir unsere wirtschaftliche Not? Freie Aussprache.

Jungproletarische Arbeitsgemeinschaft. Arbeiter-Jugend-Verein, Breslau (Opposition). Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Breslau.

Möglichkeit gegeben sein muß, aufzurücken in seinem Industriezweig, so wird uns doch von Bauarbeitern bestätigt, daß die Unternehmer bei der jetzigen, vielleicht einige Monate anhaltenden guten Konjunktur billige und willige Arbeitskräfte auf diese Weise gewinnen wollen.

Es wird gut sein, wenn der Bauarbeiterverband sich das Lehrlingswesen des Herrn Günther etwas genauer ansieht.

Aus der Provinz

„Anarchie im Kreise Trebnitz“

Unter dieser Spitzmarke enträufelt sich die „Schlesische Zeitung“ darüber, daß die Landarbeiterschaft im Kreise Trebnitz dem gemeinen Treiben der Korbhändler nicht mehr ruhig zuseht, sondern zur Selbsthilfe schreitet.

Unflüchtige Belanufmachungen

Abschlagzahlung für Gas, Wasser und Strom. Die Gasmehmer von Gas, Wasser und elektrischem Strom sind durch besondere Juniaktionen angefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten Juli und August 1921 Teilzahlungen zu leisten.

Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Aussicht genommen werden, die Lieferung einzustellen und die Röhre wegzunehmen.

Städtische Betriebsdeputation.

Jedem, der Unflucht hatte,

geschlechtskrank

zu werden, ist vor allem an einer schweren und distreten Krankheit sehr gelegen. Verlangen Sie sofort ohne jede Verpflichtung gegen Einzahlung von M. 2.— für Porto und Spesen ausführliche Broschüre über Heilung von Heranzureichenden beiderlei Geschlechter, in reinen und ganz veralteten Fällen, von Syphilis ohne Verzerrung, ohne Empfindung, ohne Salvarian und Quecksilber, von Keimschwäche (Erfolge bei allen Mischformen), von Keimflüssigkeit. Zusendung in verschlossener Doppelbrief ohne jeden Anford: falls gewünscht, senden wir Broschüre unter Einschreiben. Preis genau angegeben, damit nötige Broschüre bezahlt wird. Dr. med. G. Seemann G. m. b. H., Sommerfeld 718 (Bsp. Frankfurt, Ober). Unter Spezialärztlicher Leitung. Wären Sie genau auf Abrege, da in letzter Zeit ähnliche假冒 auftreten. Schreiben Sie sofort, wir geben Ihnen auch seit langem Jahren bewährte Präparate an, die durch unsere Versand-Apothek über jede andere Apotheke zu erhalten sind.

Schauspielhaus

Opernabende. Tel. Ring 25. Sonnabend 7½ Uhr. Jan 1. Male. Das Polentawochen.

der Arbeiter 400 ehemalige Selbstschulleute arbeitslos machen würde. Dabei steht fest, und wird auch von diesem Junkerorgan halb zugegeben, daß diese Korbhändler überhaupt nicht arbeiten, sondern mit Gummifüllpfeil und Gold und Revolvern die Landarbeiter beaufsichtigen, zur Arbeit antreiben. Sie treiben sich auf den Straßen herum und prügeln Nebenleser, die nicht aus Langerweile dies tun, windelweisch. Sie sind aber weiter eine offenkundige Verletzung der Rechtsbestimmungen, wonach bewaffnete Hausen nicht bestehen dürfen. Es wäre interessant, zu erfahren, wer diesen Leuten Waffenfeine ausgestellt hat. Die Junker, die über Geldnot klagen, lassen sich diesen Spaß ein großes Stück Geld kosten, wohlwissend, daß sie diese „Arbeitsgemeinschaftler“ zu allen Handlungen gebrauchen können.

Sundsgemeine Provokationen dieser Korbhändler unter Führung der „Leutnants“ Klemm und Korbach hat die Erregung der Arbeiter zur Seidchige gesteigert.

Am Montag tagte unter dem Schutze der Arbeitsgemeinschaft in Trebnitz eine Gutbesitzerversammlung, die es selbstverständlich ablehnte, ihre Kettenhunde aus dem Kreise zu entfernen. Nach und nach hatten sich 300 empörte Arbeiter angesammelt, die die Waffen der Korbhändler verlangten. Selbstverständlich hatten diese Herren ihre schweren Waffen wohlverwahrt auf den Gütern gelassen. Nur 5 Revolver wurden abgegeben. Die Junker hatten inzwischen die Sipo in Breslau angerufen, die auch schnell 60 Mann stark, den bedrängten Kameraden zu Hilfe kamen.

Die Sipo verhaftete nicht etwa die Schieß- und Prügelhelden der Arbeitsgemeinschaft Korbach, sondern die Arbeiter. Durch das Eingreifen des Landrates wurden sie wieder befreit. Der Staatsanwalt wird aber, als gehorsamer Knecht der Junker, wegen Freiheitsberaubung und Aufruhr die Arbeiter verurteilen.

Die Arbeiter in ganz Schlesien dürfen sich aber durch betartige Drohungen nicht abschrecken lassen, sondern müssen überall zur Selbsthilfe greifen, damit diese neuartige „weiße Pest“ restlos beseitigt wird. Die Arbeiter werden mithelfen, die verführten Selbstschulleute nach Möglichkeit in Arbeit zu bringen. Die Arbeiter werden aber auch mit allen Mitteln diese Räuber behandeln als Räuber, wenn sie sich danach benehmen.

Auf dem Bauche sollst du kriechen.

Im Barbierladen nehme ich eine Zeitung zur Hand und mein Auge fällt auf einen Artikel, in welchem das Geschäftsjubiläum einer Liegnitzer Firma angefündigt wird. In dem Artikel wird der 50jährige Werdegang dieser Firma mit mehr oder weniger ergreifenden Worten geschildert. Ich blättere weiter und finde unter Parochwitz einen Artikel, welcher das Geschäftsjubiläum einer dortigen Firma schildert. In den Fabrikräumen wurde die Tafel aufgeschlagen, das Personal mit Frauen war zahlreich erschienen, ein Pfaffe hält die Festrede. Gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Ein Kollege dankt im Namen der Arbeiter für gute Bewirtung und spricht den Wunsch aus über weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Jeder Arbeiter erhält dann ein feines Geschenk, darauf ein Lätzchen bis zum frühen Morgen und der Nummel ist zu Ende. Ich blättere noch weiter, da fällt mein Blick auf den Kopf der Zeitung, welche diese Artikel bringt und ich lese: „Sohnauer Volkszeitung“, sozialdemokratisches Organ für Niederschlesien. Ich sinne und sinne, wie es wohl möglich ist, daß ein Arbeiterblatt seinen Lesern so etwas bieten darf, ich sinne auch über den hohen Stundenlohn nach, welchen die Arbeiter haben, die in so gutem Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber leben. Ich nehme mir auch vor einen Kommentar zu diesen Artikeln zu schreiben, doch nun, wo ich dabei bin, fallen mir immer nur die zwei Worte ein: „Erlachte Kriecherei“.

Verantwortlicher Redakteur für Politik: Richard Janus, Berlin. Verlag: Soz.-Verl., c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48.

Die Junge Garde Kamporgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Zum 6. Reichstongreß! Die Konterrevolution marschiert auf! — Die Organisation der Kommunistischen Jugend Deutschlands. — Die rote Jugend Mitteldeutschlands. — 6. Reichstongreß. — Unsere Aufgaben (Schluß). — Richtlinien zur Gewerkschaftsarbeit. — Die gegenwärtige Jugendbewegung seit dem letzten Reichstongreß. — Anträge zum Reichstongreß. — Richtlinien zur Diskussion über die Frage Jugend und Partei. — Der Reichsausschuß der Arbeiter-Jugend-Organisationen verbündet die wirtschaftliche Not der Jugend! — Eine Unverfrorenheit! — Alarm! — Aus den Kinderjahren der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. — Aus der Internationalen. — Verlauf der ersten internationalen Arbeiterkinderwoche in Deutschland. — Zehn Gebote der Arbeit. — Aus der Bewegung. Die Nummer umfaßt diesmal 20 Seiten und ist zu beziehen durch die Funktionäre der Kommunistischen Jugend zum Preise von 50 Pfennig. Zu beziehen durch die Organisation, Kolporteur und die Kommunistische Bucherei, Breslau 5, Gräblichenerstraße 45.

Wir empfehlen: Kampfliederbuch Preis 50 Pfg. Organisationen Ermäßigung! Zu beziehen durch: Kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräblichenerstr. 45